



Glaubenssachen

Sonntag, 29. Oktober 2023, 08.40 Uhr

Stimmungstief in der Ökumene
Was belastet das Verhältnis zwischen evangelischer und katholischer Kirche?
Von Reinhard Bingener

Redaktion: Florian Breitmeier
Norddeutscher Rundfunk
Religion und Gesellschaft
Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22
30169 Hannover
Tel.: 0511/988-2395
www.ndr.de/ndrkultur

- Unkorrigiertes Manuskript -

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben ihre Zusammenarbeit jahrzehntelang immer weiter vertieft. Nicht nur in den Kirchengemeinden vor Ort findet man vielerorts ein reges, bisweilen auch herzliches Miteinander. Auch die Verwaltungen beider Kirchen tauschen sich stetig über ihre Arbeit aus. Seit einiger Zeit knirscht es in der Ökumene jedoch vernehmlich. Die Spannungen haben sich inzwischen soweit verstärkt, dass sie an der einen oder anderen Stelle nach außen sichtbar werden.

Drei Schlaglichter aus den vergangenen 12 Monaten mögen das verdeutlichen.

Erstes Schlaglicht: Die Evangelische Kirche im Rheinland und das Erzbistum Köln feiern schon seit vielen Jahren den 1. Advent mit einer gemeinsamen Vesper in der Kölner Innenstadt. Im vergangenen Jahr wurde dieser Gottesdienst jedoch abgesagt, weil die evangelische Landeskirche keinen gemeinsamen Auftritt ihres Präses Thorsten Latzel mit Erzbischof Rainer Maria Woelki wollte, der wegen seines Umgangs mit Fällen sexualisierter Gewalt in der Kritik steht. Die evangelische Kirche begründete ihre Entscheidung damit, dass bei einer Teilnahme des Kardinals, so Zitat, „nicht mehr das Gebet oder Verkündigung wahrgenommen wird, sondern nur die Frage einer Positionierung in der inner-katholischen Auseinandersetzung“. Die rheinische Kirche bot an, die Adventsvesper mit einem Vertreter Woelkis zu feiern. Darauf ließ sich das Erzbistum nicht ein. Die Feier fiel aus.

Zweites Schlaglicht: Mitte Juni fand in Nürnberg der 38. Evangelische Kirchentag statt. Zwar kamen weniger Teilnehmer als bei früheren Kirchentagen, die Stimmung war aber ebenso heiter wie das Wetter. So fiel den meisten Teilnehmern eine Besonderheit im Programmheft vermutlich gar nicht auf: Bis auf den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Georg Bätzing trat in Nürnberg kein anderer katholischer Bischof aus Deutschland auf. Die mit einigen Hardlinern besetzte Bayerische Bischofskonferenz war in Nürnberg überhaupt nicht vertreten.

Drittes Schlaglicht: Zwei Wochen nach dem Kirchentag sickerte durch, dass sich die Evangelische Kirche in Deutschland aus der „Woche für das Leben“ zurückzieht. Die Veranstaltungsreihe wirbt seit langer Zeit für einen umfassenden Schutz menschlichen Lebens. Das Spektrum reicht von der Embryonenforschung und Abtreibung bis zu Pflegebedürftigkeit und assistierten Suizid. 1991 von der katholischen Kirche gegründet, beteiligt sich seit 1994 auch die EKD, obwohl sie in einigen der genannten Fragen zunehmend liberalere Positionen einnimmt. Mit Blick auf die geplante Neuregelung durch die Ampel-Koalition sprach sich der Rat der EKD erst kürzlich dafür aus, den Schwangerschaftsabbruch künftig teilweise außerhalb des Strafrechts zu regulieren. Differenzen dürften grundsätzlich auch beim Ausstieg der EKD aus der Woche für das Leben untergründig eine Rolle gespielt haben, auch wenn sie nicht den Ausschlag gaben. In der entscheidenden Sitzung des Rates der EKD wurde dem Vernehmen nach vor allem über die fehlende Resonanz der Veranstaltungsreihe gesprochen. Bemerkenswert war dann jedoch, wie beide Kirchen mit dem Beschluss des EKD-Leitungsgremiums umgingen. Die katholische Bischofskonferenz erklärte öffentlich, sie könne den Entschluss „nicht nachvollziehen“ und sei traurig, dass eine

der ältesten ökumenischen Initiativen „für die EKD keine Relevanz mehr hat“. Das waren deutliche, für den kirchlichen Kontext sogar sehr deutliche Worte.

Die drei Schlaglichter zeugen von einer zunehmenden Dünnhäutigkeit. Die freundliche Selbstverständlichkeit, die viele Jahre die Routinen zwischen den Amtsträgern prägte, bröckelt. Gleichwohl gibt es dadurch in Deutschland nicht einfach weniger oder eine schlechtere Ökumene als vor einigen Jahren. Dafür sind die Beziehungen zwischen beiden Kirchen zu komplex. Bei der Interpretation der Ökumene kommt es darauf an, die verwickelten Interessenlagen zu sehen und die längeren, auch theologischen Linien zu bedenken.

Die Basis aller ökumenischen Bemühungen bilden die gemeinsamen Ursprünge: Beide Kirchen beziehen sich, mit geringfügigen Abweichungen, auf dieselben Heiligen Schriften. Sie teilen die grundlegenden dogmatischen Entscheidungen der antiken Kirche und sind bis ins sechzehnte Jahrhundert Teil der lateinisch geprägten Westkirche.

Im Zuge der Reformation erfolgte dann die Spaltung. Diese Trennung greift auch deshalb so tief, weil Martin Luther vor allem das Amts- und Kirchenverständnis der römischen Kirche angriff: Seine These vom Priestertum aller Gläubigen richtete sich gegen den strukturellen Vorrang des Klerus im Katholizismus. Luthers Auffassung, dass die Kirche in ihrem Wesenskern eine unsichtbare und geistige Größe sei, stellte die Bedeutung der äußeren Einheit der Kirche in Frage. Und wenn der Reformator mit seiner Formel „sola scriptura“ die Heilige Schrift zur alleinigen Richtschnur erhob, zielte er damit auf die starke Stellung der Tradition und des Lehramts in der römischen Kirche. Die Kritik an der Papstkirche und ihrer hierarchischen Struktur war nicht bloß ein Nebenaspekt der Reformation, sondern eine ihrer wichtigsten Triebfedern.

Die ökumenische Bewegung gewinnt erst im 20. Jahrhundert an Fahrt, als die Antagonismen zwischen Katholizismus und Protestantismus in der Gesamtgesellschaft allmählich verblasen. Der Versuch, das Verbindende herauszustellen, lässt sich darum auch als Reaktion auf eine zunehmende Schwäche der Kirchen deuten. Beide Kirchen bringen für die Ökumene allerdings unterschiedliche Voraussetzungen mit. Die evangelische Seite hat viel weniger Probleme damit, sichtbare Unterschiede zwischen den Kirchen zu akzeptieren, weil die eigentlich bedeutsamen religiösen Vollzüge aus ihrer Sicht geistiger und damit unsichtbarer Natur sind. Dies spiegelt sich bis hinein in die zentrale ökumenische Formel von der „versöhnten Verschiedenheit“ der Kirchen. Die römisch-katholische Seite hat mit der Zielvorstellung einer bleibenden Diversität prinzipielle Schwierigkeiten, weil es in ihrer Dogmatik auf sichtbare Einheit der Kirche ankommt. Und diese wird vor allem durch das Amt, also die herausgehobene Stellung von Papst, Bischöfen und Priestern gewährleistet.

Mit den Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils hat sich die katholische Kirche in den sechziger Jahren dennoch für die Ökumene geöffnet. Nicht mehr das Trennende, sondern das Gemeinsame wurde nun in den Mittelpunkt gestellt. Und als Ziel galt nicht mehr die reumütige Rückkehr der Protestanten in den Schoß Roms, sondern eine künftig zu erreichende Einheit.

Doch das Konzil lässt sich auch als Eingeständnis der Schwäche verstehen, als eher notgedrungene Anpassung der römischen Kirche an die Moderne. Dafür spricht, dass nach dem Konzil sehr bald ein Streit über seine Deutung einsetzte: Progressive Kräfte innerhalb der katholischen Kirche traten für eine entschlossene Fortschreibung des

Konzils und mehr Ökumene ein. Die konservativen Kritiker verwiesen indes darauf, dass das Konzil die Kraft der Säkularisierung keineswegs gebrochen habe, sondern vielmehr eine weitere Verweltlichung der Kirche begünstige.

Die ökumenische Debatte wird bis heute maßgeblich von diesen beiden Flügeln innerhalb der katholischen Kirche bestimmt. Der deutsche Katholizismus, der sich mit großen protestantischen Bevölkerungsteilen und starken Säkularisierungstendenzen konfrontiert sieht, hing in den vergangenen Jahrzehnten mehrheitlich der progressiven Deutung des Zweiten Vatikanischen Konzils an. Die Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz von Kardinal Lehmann bis Bischof Bätzing lassen sich dieser Linie zuordnen. Gleiches gilt für weite Teile der katholischen Laienverbände.

Der junge Konzilstheologe Joseph Ratzinger entwickelte sich hingegen schon bald zu einem scharfen Kritiker dieser fortschrittlichen Deutung und verfolgte die entsprechenden Bestrebungen in seinem Heimatland mit Argwohn. Als Präfekt der Glaubenskongregation zwang er die deutschen Bischöfe bei der Schwangerenkonfliktberatung zum Einlenken. Zugleich schob er der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre zwischen der römischen Kirche und dem Lutherischen Weltbund im Jahr 1999 die Erklärung „Dominus Iesus“ hinterher, in dem er den evangelischen Kirchen den Status als Kirche absprach und sie als bloße „kirchliche Gemeinschaften“ titulierte.

Die berühmte Regensburger Rede, die er 2006 nach seiner Wahl zum Papst hielt, wurde in der breiteren Öffentlichkeit vor allem wegen ihrer kritischen Spitzen gegen den Islam wahrgenommen. Im Kern ging es Papst Benedikt jedoch um etwas anderes: Er warf dem Protestantismus vor, die „Enthellenisierung“ des Christentums zu befördern. Mit anderen Worten: Der Papst machte die Erben Luthers für den Niedergang der Religion in der Moderne mitverantwortlich. Das Pontifikat Benedikts und das seines stark durch ihn beeinflussten Vorgängers Johannes Paul II. trug darum, insbesondere wenn es um Deutschland ging, eine anti-protestantische Grundsignatur, die sich auch in der römischen Personalpolitik niederschlug.

Wie diese Bischofsbesetzungen bis heute nachwirken, lässt sich an den drei anfangs genannten Schlaglichtern nachvollziehen: Wenn die evangelische Seite gemeinsame Auftritte mit Kardinal Woelki vermeidet, den Auftritt katholischer Bischöfe aus Bayern auf dem Kirchentag verhindert und aus der „Woche für das Leben“ aussteigt, richtet sich das weniger gegen den deutschen Katholizismus als solchen, sondern gegen dessen konservativen Flügel, dessen Protagonisten Woelki und einige bayerische Bischöfe bilden.

Dieses Muster lässt sich auch bei der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt erkennen: Die evangelische Kirche verfolgt erkennbar das Interesse, nicht in den Missbrauchs-Strudel der katholischen Kirche hineingezogen zu werden. Daher vermeidet man nun anders als in früheren Jahren gemeinsame Auftritte in der Öffentlichkeit. Dabei hat es unbestreitbar auch in der evangelischen Kirche Missbrauch gegeben. Eine Studie soll Anfang 2024 Erkenntnisse über dessen spezifische Ursachen bringen. In der EKD denkt man jedoch, dass das Ausmaß des Missbrauchs und vor allem seine Vertuschung im Katholizismus mit dessen hierarchischer Struktur und der grundverschiedenen Amtslehre zusammenhängt. Diese habe klerikale Netzwerke von zölibatär lebenden Männern begünstigt. Man darf gespannt sein, mit welchen womöglich typisch evangelischen Faktoren die Forschenden im Januar die EKD konfrontieren.

Auch in den medizinethischen Grundsatzfragen laufen die Linien zusehends auseinander. In den neunziger Jahren hatte der damalige EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock noch verkündet, zwischen beiden Kirchen passe hier „kein Blatt Papier“. Diese Äußerung fügte sich in die über Jahre verfolgte Linie der EKD-Spitze, konfessionelle Unterschiede öffentlich kleinzureden, die nur von Wolfgang Huber und Margot Käßmann zeitweilig durchbrochen wurde. Bei der Debatte über den assistierten Suizid zeigte sich jüngst jedoch, dass dies nicht mehr funktioniert. Der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm setzte sich intern zwar vehement für den Schulterschluss mit der Bischofskonferenz ein, die sich in biopolitischen Fragen eng an der restriktiven Linie aus Rom orientieren muss. Das Ziel bestand darin, als ökumenische Koalition in der Politik stärkeres Gewicht zu entfalten. Dieses Vorgehen wurde von den liberalen Kräften in der EKD-Führung jedoch nicht mehr akzeptiert. Sie formulierten ungewohnt lautstark ihren Dissens und zeigten kaum noch Bereitschaft, sich mit einem römischen Antimodernismus gemein zu machen, der gesellschaftlich völlig in der Defensive ist. Auf den Feldern, wo dieser Antimodernismus nicht so stark zu Buche schlägt, funktioniert die Ökumene besser. In der Sozialpolitik, Friedenspolitik oder Migrationspolitik liegen EKD und Deutsche Bischofskonferenz weiter eng beieinander. Zudem sitzen sie bei fast allen Fragen in einem Boot, die das Verhältnis von Staat und Kirche betreffen. Beide Kirchen sehen sich gezwungen, ihr Arbeitsrecht schrittweise zu liberalisieren und geben dabei Anforderungen an die private Lebensführung oder die Religionszugehörigkeit ihrer Mitarbeiter auf. Auch beim Religionsunterricht besteht akuter Handlungsdruck. Das Schulfach hat zwar Verfassungsrang, wird jedoch in der Praxis zusehends ausgehöhlt. Wenn in den Klassen immer weniger katholische und evangelische Schüler sitzen, wird es schwieriger, einen nach Konfessionen getrennten Religionsunterricht anzubieten. Die Kirchen reagieren darauf, indem sie an immer mehr Orten einen konfessionell-kooperativen Religionsunterricht anbieten, bei dem sich katholische und evangelische Lehrer abwechseln. In Niedersachsen wollen die Kirchen demnächst noch einen Schritt weiter gehen und einen gemeinsamen Christlichen Religionsunterricht anbieten. In den Kirchenämtern gelangte man zu der Einsicht, dass jetzt die Zeit für eine mutige Frontbegradigung ist, um den Unterricht zumindest auf absehbare Zeit zu sichern.

Und auch hier ist es kein Zufall, dass dies in Niedersachsen passiert, wo sich die katholische Seite ökumenisch vergleichsweise aufgeschlossen zeigt. In Bayern ist die Zusammenarbeit beim Religionsunterricht bis heute noch die Ausnahme, obwohl auch dort der Druck steigt. Und der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki hat sich erst kürzlich entschlossen, wie in den anderen nordrhein-westfälischen Bistümern konfessionell-kooperativen Unterricht zu erlauben.

Die Kirchen sehen sich aber nicht nur gefordert, gemeinsam in den zunehmend schwierigen Diskussionen mit dem Staat zu bestehen. In absehbarer Zeit wird es auch nicht mehr möglich sein, dass beide Kirchen ihre Präsenz in der Fläche aufrechterhalten. Es wird also entweder viele weiße Flecken auf der Landkarte geben oder beide Kirchen bündeln ihre Kräfte. Denkbar wäre sowohl eine stärkere Zusammenarbeit der großen Wohlfahrtsträger Caritas und Diakonie wie auch stärkere Zusammenarbeit der Amtskirchen, etwa in der Nutzung von Kirchen und Gemeindehäusern.

In der Zusammenschau ergibt sich also die widersprüchliche Lage, dass sich die Kirchen auf der einen Seite zu stärkerer Zusammenarbeit gezwungen sehen, während zugleich die untergründigen theologischen Differenzen deutlicher hervortreten. Wie gehen die Kirchenleitungen mit dieser Situation um? Der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm machte in seiner Amtszeit von 2014 bis 2021 den Versuch, die Gemeinsamkeiten bis an den Rand der Selbstverleugnung in den Mittelpunkt zu rücken. Bedford-Strohm stimmte zu, die 500-Jahr-Feier der Reformation 2017 nicht als „Reformationsjubiläum“ zu begehen, sondern halb bedauernd als „Reformationsgedenken“, um die katholische Seite mit ins Boot zu nehmen. Papst Franziskus würdigte das Entgegenkommen der Protestanten, indem er zum Beginn des Gedenkjahres eine gemeinsame Andacht im lutherischen Schweden feierte. Und nachdem Papst Benedikt den Protestanten bei seinem Deutschland-Besuch 2011 noch mitteilte, er habe keine ökumenischen Gastgeschenke im Gepäck, gab es nach dem Reformationsgedenken von 2017 tatsächlich den erhofften, greifbaren Fortschritt: Die deutsche Bischofskonferenz präsentierte 2018 eine Handreichung, nach der in gemischtkonfessionellen Ehen der evangelische Partner in Einzelfällen am katholischen Abendmahl teilnehmen darf. Der Kölner Erzbischof Woelki sowie mehrere bayerische Bischöfe wandten sich darauf nach Rom, um diesen Plan zu hintertreiben. Der Vatikan intervenierte auch und setzte weitere Abschwächungen durch, ohne das ökumenische Signal völlig zu verhindern.

Der Vorgang machte allerdings klar, wie gering die ökumenischen Handlungsspielräume werden, sobald dogmatische Fragen berührt sind. Daran hat sich auch durch Papst Franziskus wenig geändert.

Wie auf anderen Feldern seines Pontifikats sucht man auch auf dem Feld der Ökumene bis heute nach einer stringenten Linie. Zum katholischen Reformprozess hierzulande, den „Synodalen Weg“, sagte der Papst einmal beiläufig, es gebe in Deutschland bereits eine sehr gute evangelische Kirche, da benötige man keine zweite. Die Bemerkung zeigt, dass auch Franziskus hinter den liberalen Tendenzen im deutschen Katholizismus letztlich den Einfluss des Protestantismus vermutet. Zudem gilt im Vatikan auch unter Franziskus, dass jedwede nationalkirchliche Regung in den finanzstarken deutschen Bistümern zu unterbinden ist. Und durch seine Mitwirkungsrechte bei der Bestimmung der Bischöfe hat Rom auch die erforderlichen Mittel dazu.

In den evangelischen Kirchen herrscht eine völlig andere Mechanik der Macht. Dort schießt man nicht nach Rom, sondern auf die eigenen Synoden, wo wichtige Fragen per Mehrheitsbeschluss geregelt werden. Unter den dortigen Synodalen schwindet die Bereitschaft, eigene Überzeugungen der Rücksicht auf die katholische Kirche unterzuordnen.

Ein neuer Frühling in den ökumenischen Beziehungen ist darum nicht zu erwarten. Die theologischen Binnenlogiken haben sich auf beiden Seiten zuletzt eher verschärft. Allenfalls die rasant fortschreitende Entkirchlichung, die schon immer der eigentliche Treiber der Ökumene war, könnte längerfristig wieder zu einem Umdenken führen.

* * *

Zum Autor:

Reinhard Bingener, evangelischer Theologe und politischer Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung